

Frage 1.: Wurde von den Verantwortlichen ein Verkehrskonzept für die beiden Tage der offenen Tür erstellt und ist die Stadt Geilenkirchen darin eingebunden worden?

Antwort: Es ist zunächst darauf hinzuweisen, dass sich das Gelände der NATO-Airbase als exterritoriales Gebiet außerhalb des Einflussbereiches der Stadt Geilenkirchen als örtliche Ordnungsbehörde befindet und daher keine unmittelbare rechtliche Handhabe bei der Durchführung derartiger Veranstaltungen besteht. Von den Verantwortlichen der Base ist in der Anfangsphase kein konkretes Verkehrskonzept für eine ordnungsgemäße bzw. verträgliche Abwicklung der Verkehrsströme anlässlich der Veranstaltung erstellt worden. Bereits frühzeitig wurde deshalb seitens der Stadt gemeinsam mit der Kreispolizeibehörde Kontakt zu den Verantwortlichen aufgenommen, um zum einen die konkreten Planungen in Erfahrung zu bringen und zum anderen hierauf nach unseren Möglichkeiten noch Einfluss nehmen zu können. So wurde beispielsweise im Vorfeld in Erfahrung gebracht, dass auf der Base die interne Entscheidung getroffen worden war, die Zufahrt zum Gelände ausschließlich über das Nordtor (Knuppstraße, Gangelt-Stahe) zuzulassen. Daraufhin wurde unsererseits und auch von Seiten der Polizei sofort interveniert, weil diese Entscheidung in der Realität nicht dazu geführt hätte, dass kein Verkehrsteilnehmer mehr über die Lilienthalallee das Gelände anfahren würde. Deshalb haben Stadt und Polizei dafür gesorgt, dass im Bereich des Haupttores zwischen Teveren und Grotenrath ca. 2.000 Parkmöglichkeiten zusätzlich geschaffen worden sind. Hierbei ist auch die private Initiative des Ortsvorstehers Hans-Josef Paulus, der eine größere Wiesenfläche akquiriert hatte, besonders hervorzuheben. Dass diese Maßnahme sinnvoll war, beweist die Tatsache, dass tatsächlich rund 2000 Fahrzeuge dort und entlang der ehemaligen Panzerstraße parkten.

Frage 2.: Welchen Einfluss konnte die Stadt Geilenkirchen auf ein eventuelles Verkehrskonzept nehmen?

Die Stadt Geilenkirchen konnte im Rahmen ihrer begrenzten rechtlichen Möglichkeiten nur bedingt Einfluss nehmen. Soweit dies mög-

lich war, wurden besagte verkehrsrechtlichen Anordnungen in Abstimmung mit der Kreispolizeibehörde getroffen.

Frage 3.: Welche Maßnahmen hat die Stadt Geilenkirchen selbst getroffen, um einem Verkehrschaos entgegen zu wirken?

Die Stadt hat - wie bereits erwähnt - im Bereich der Hauptzufahrt die dort verfügbaren Parkmöglichkeiten realisiert. Auf die Kontrollen auf dem Gelände und die dadurch bedingten zeitlichen Verzögerungen hat die Stadt hingegen keinerlei Einfluss. Es haperte also nicht an der Unterstützung der Stadt, sondern an der Dauer der Einlasskontrollen. Nur dadurch sind die langen Rückstaus entstanden. Am Sonntag erwies sich die Lage als wesentlich entspannter. Ich möchte aber auch auf den Sicherheitsaspekt hinweisen, der aus aktuellen Anlässen verstärkte Kontrollen erforderlich macht. Was wäre wenn ??

Frage 4.: Was tut die Stadt Geilenkirchen, um bei zukünftigen ähnlichen Feierlichkeiten einen erneuten Verkehrskollaps zu verhindern?

Auch bei künftigen Veranstaltungen kann die Stadt immer nur auf die aus ihrer Sicht notwendigen Maßnahmen hinweisen und auf deren Umsetzung drängen. Wir dürfen nicht den Fehler begehen und eine nur an 2 Tagen alle 5 Jahre stattfindende Veranstaltung auf der Airbase „sterben lassen“. Für die Zukunft wäre vielleicht auch zu überlegen, eventuell in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Gangelt, außerhalb des Nato Geländes brachliegende Flächen sowie Acker- und Wiesengelände in großer Zahl zu akquirieren, damit die Besucher ihre Fahrzeuge schon hier abstellen können. Das würde sicherlich zur Vermeidung von Staus beitragen. Dies dürfte aber auch eine Kostenfrage sein, die es zu klären gilt, denn kostenfrei stellen die Eigentümer ihre Flächen nicht zur Verfügung. Es muss jedoch auch deutlich darauf hingewiesen werden, dass eine derartige Veranstaltung innerhalb des Stadtgebietes, also außerhalb des militärischen Geländes von der Stadt nicht genehmigt werden könnte, u. a. weil die vorhandene Verkehrsinfrastruktur für derartige Besucherströme nicht ausgelegt ist.

ANTWORT FÜR DIE CDU-FRAKTION

Weiler Anfrage

1. Bei der Ortsbesichtigung haben die Jugendlichen glaubhaft darauf hingewiesen, dass einige der Gerätschaften auf der Skaterbahn nicht mehr vollständig vorhanden sind, wie vor über 20 Jahren installiert. Die Elemente sind zudem sichtbar abgenutzt.
2. Die Anlage könnte sicherlich instand gesetzt werden, dies würde aber nicht den aktuellen Erfordernissen entsprechen und würde zudem kostenintensiv sein.
3. Zeitgemäß ist die Skater-Anlage nach fast 25 Jahren auf keinen Fall mehr, wie neue Anlagen z.B. in Aachen oder Hückelhoven beweisen würden. So die Aussage der Jugendlichen. Die Skaterbahn erfüllt aber immer noch die heutigen Sicherheitsanforderungen, die vor wenigen Monaten noch überprüft wurden.
4. Eine neue Anlage würde nach oberflächlichen Berechnungen der Jugendlichen um die 30.000 Euro kosten, aber eine genaue Kostenkalkulation wird bis nach den Ferien erarbeitet. Die Jugendlichen hatten auch schon eine vorläufige Planung vorgenommen und die Pläne bei der Ortsbesichtigung vorgelegt. Auch die Pläne werden derzeit noch einmal überarbeitet. Natürlich wird bei der Planung später auch ein entsprechendes Fachbüro einbezogen.
5. Die Jugendlichen haben mir vor Ort versichert, dass sie selbstverständlich mit anpacken werden und ebenfalls auch nach Sponsoren Ausschau halten würden. Einige Sponsoren hätten wohl schon ihr Wohlwollen bekundet.